

Krefelder Flüchtlingsrat will Migranten-Gesetz stoppen

Neue bürokratische Hürden sollen unter anderem die Unterstützungsarbeit von Ehrenamtlern noch mehr belasten.

(jon) Mit Sorge und Unverständnis hat der Krefelder Flüchtlingsrat den Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Arbeitsintegration von Migranten und Flüchtlingen zur Kenntnis genommen. In einem Schreiben an die heimischen Bundestagsabgeordneten wird eindringlich appelliert, den Asylantrag des „Fachkräfteeinwanderungsgesetzes“ in der vorliegenden Form

so nicht zu beschließen. „Der Gesetzesentwurf verkehrt bei Flüchtlingen mit Duldungsstatus durch neue, kaum zu erfüllende Auflagen die gewünschte Arbeitsintegration in ihr Gegenteil“, erklärt Christoph Bönners, stellvertretender Vorsitzender des Flüchtlingsrates, in einer Stellungnahme.

Die auch von der Wirtschaft immer wieder eingeforderte erleicht-

erte Arbeitsaufnahme von lange in Deutschland lebenden Flüchtlingen wird nach Ansicht des Flüchtlingsrates mit diesem Gesetz erschwert und keineswegs einfacher gemacht. „Zudem werden neue bürokratische Hürden aufgebaut, die die Unterstützungsarbeit von Ehrenamtlern und Beratungsstellen bei der Arbeitsintegration von Geflüchteten noch mehr belasten. Wir sind uns

deshalb mit vielen Wohlfahrtsverbänden und bundesweit tätigen Hilfsorganisationen einig, dass dieses Gesetz so nicht beschlossen werden darf. Es ist zudem zumindest in seinem Asylteil eine erneute Gesetzesverschärfung, die keinen Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels leistet“ betont Bönners.

In Schreiben an die Berliner Abgeordneten aus Krefeld heißt es dann

auch: „Setzen Sie sich bitte – eventuell auch jenseits irgendwelcher Fraktionszwänge – bei den anstehenden parlamentarischen Beratungen und Beschlussfassung des Gesetzentwurfes für einen Maßnahmenkatalog ein, der Zugang von Migranten und Geflüchteten zu Erwerbsarbeit erleichtert und ermöglicht und nicht durch neue, nicht zu realisierende Auflagen verhindert.“

Rheinische Post Krefeld 04/01/19